

**Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker
Volker Meinhardt und Dieter Vesper**

IRRWEG GRUND EINKOMMEN

**Die große Umverteilung von unten
nach oben muss beendet werden**



Heiner Flassbeck, Friederike Spiecker,
Volker Meinhardt und Dieter Vesper

IRRWEG GRUND- EINKOMMEN

Die große Umverteilung von unten
nach oben muss beendet werden

WESTEND

Inhalt

Mehr über unsere Autoren und Bücher:

www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-006-2

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2012

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Lech

Printed in Germany

Vorwort	7
1 Warum Grundeinkommen?	11
Der Staat als Nachtwächter der Einkommensverteilung?	11
Reparatur der Verteilung durch Sekundärverteilung?	13
Grundeinkommen als Verteilungersatz?	14
Eine neue Position	15
2 Das Grundeinkommen	18
Ansätze eines bedingungslosen Grundeinkommens	18
Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen	35
Grundeinkommen nein, Mindestlohn ja – warum?	54
3 Die große Umverteilung von unten nach oben und ihre Folgen	77
Ein historischer Blick auf die politischen Verhältnisse	77
Die Entwicklung der Arbeits- und Kapitaleinkommen in Deutschland	86
Die ökonomische Theorie, die der Umverteilung zugrunde liegt, führt in die Irre	140
4 Der Staat als Verstärker der großen Umverteilung	163
Ungleichheit und Wirtschaftswachstum	165
Einkommen- versus Konsumbesteuerung	167

Der permanente Ruf nach Senkung der Steuern und der Sozialabgaben	169
Abgaben- und Ausgabenquoten	173
Steuerbelastung der Unternehmen und Investitionstätigkeit	175
Defizite in der Versorgung mit öffentlichen Gütern	182
Abbau von Sozialleistungen	183
Umverteilung durch die Sozialversicherung	186
5 Das Ende der großen Umverteilung	195
Die globale Stagnation ist Folge der Umverteilung	195
Auch der deutsche Sonderweg ist zu Ende	197
Das Primat der Primärverteilung	202
Was ist zu tun bei der Sekundärverteilung?	204
Dauerhaftes Wachstum bei Endlichkeit der Ressourcen?	207
Keine revolutionären Lösungsversuche bitte!	209
Abkürzungen	212
Anmerkungen	213
Literatur	222

Vorwort

Verteilungsfragen treten mehr und mehr in den Mittelpunkt der politischen Debatte. Nach 30 Jahren der Umverteilung von unten nach oben im Markt selbst und zusätzlich durch den Staat ist der Frage nicht mehr auszuweichen, was es gebracht hat. All die Heilsversprechen, mit denen die Reformen des »überzogenen« Wohlfahrtsstaates seit der ersten Regierung Kohl bis heute begründet wurden, haben sich nicht erfüllt. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit (im Gegensatz zur gemessenen) ist weiterhin hoch, die Investitionstätigkeit der Unternehmen ist extrem schwach, und die Auswüchse der Einkommensverteilung, die in den irrsinnigen Gehältern der »Finanzindustrie« ihren extremsten Ausdruck finden, zerstören den gesellschaftlichen Zusammenhalt bis hin zur Gefährdung der Demokratie. Deutschland, das Land, das nach der Jahrtausendwende am konsequentesten die neoliberale Umverteilungsagenda von unten nach oben umgesetzt hat, hat sich mit diesem Sonderweg in Europa nur scheinbar etwas mehr Luft verschafft: De facto ringen auch in unserem Land, ökonomisch gesehen, viele Menschen nach Atem. Da Deutschland mit dieser Politik, wie hier zu zeigen sein wird, obendrein die Grundfesten Europas schwer erschüttert, muss man ein Scheitern auf der ganzen Linie konstatieren.

Es ist naheliegend, dass die Menschen in einer solchen Situation nach einfachen und radikalen Lösungen suchen. Für den Normalbürger ist es praktisch unmöglich einzuordnen, was genau geschieht und – vor allem – warum. Er sieht, dass sich die Verhältnisse radikal ändern, dass er Einkommenszuwächse nicht

mehr automatisch erwarten kann, selbst wenn die Wirtschaft wächst, und er macht sich seinen eigenen Reim darauf. Der läuft aber fast immer darauf hinaus, dass »härtere Zeiten« angebrochen seien. Nichts glaubt man leichter, als dass man selbst gerade das Ende der »guten alten Zeiten« erlebt. Viele Menschen sind überzeugt, dass gute Zeiten eher Zufall sind und dass man daher zwar dankbar sein muss für das, was man erreicht hat, aber nicht erwarten kann, dass es positiv weitergeht.

Warum nichts mehr so bleiben kann, wie es war, können Politiker dem Normalbürger auch ganz einfach plausibel machen: Das Auftreten neuer Mächte auf der Weltbühne wie China oder Indien, der damit verbundene Rationalisierungsdruck durch die Globalisierung oder die seit langem absehbare Alterung der Gesellschaft und andere unabwiesbare Fakten wie Ressourcenknappheit und Klimawandel zwingen uns, den Gürtel auf Dauer enger zu schnallen und Härten zu ertragen, die der vorhergehenden Generation nicht hätten abverlangt werden müssen. Unterstützt wird diese Botschaft von orthodoxen Ökonomen und einer Medienlandschaft, die nichts lieber als genau diese eingängigen Erklärungsmuster transportiert, die alle auf das Motto hinauslaufen: Vergesst, was früher war; vergesst die Idee vom Wohlstand für alle; vergesst die Träume vom Wohlfahrtsstaat und vom sozialen Ausgleich; in der Welt von heute zählt das selbstverantwortliche Individuum, jeder kann und muss selbst seines Glückes Schmied sein, auch wenn das zu Härten führt, das ist eben der Preis der Freiheit.

Auch bei progressiv denkenden Bürgern und im politisch linken Spektrum trifft diese Botschaft auf einen fruchtbaren, wenn auch anderen Boden. Dort ist man vom Ende des Überflusses überzeugt, weil man ja weiß, dass es aus Gründen der Endlichkeit der Ressourcen und des Globus nicht so weitergehen kann wie bisher. Folglich wird in diesen Kreisen mit jeder neuen Krise das Ende des Kapitalismus, das Ende des Wachstums und das Ende der Ressourcenverschwendung ausgerufen und alle Energie darauf verwendet, wirklich durchgreifende Reformen in Gang zu setzen, die das System vollkommen umkrempeln sollen.

In dieser Situation ist es sehr leicht, auf beiden Seiten des politischen Spektrums mit einfachen, scheinbar überschaubaren Vorschlägen zu punkten, die diese Endzeitstimmung aufgreifen und eine »Lösung« zu bieten scheinen, die dem einzelnen ein Weiterleben in Würde erlauben, ihm dabei die Möglichkeit geben, sich aus dieser immer verrückter vor sich hin wirtschaftenden Gesellschaft zu verabschieden und sein Glück in der »Stille des Dorfteiches« (Ralph Dahrendorf) zu suchen. Genau darum geht es beim bedingungslosen Grundeinkommen. Das aber macht es so gefährlich: Es schafft für Teile des rechten politischen Spektrums die Illusion, mit einem (möglichst geringen) »Einkommen für alle« darüber hinausgehende Verteilungsfragen dauerhaft zu unterbinden und so dem eigentlichen Ziel des Liberalismus näher zu kommen, den »Tüchtigen« zukommen zu lassen, was sie am Markt erringen. Und es schafft auf der linken Seite die Illusion, die Armut erfolgreich zu bekämpfen und zugleich die ökologische Frage und die Frage nach den »wahren Werten« des Lebens sinnvoll zu beantworten.

Diese große Koalition der Grundeinkommensbefürworter unterstellt, dass Verteilungsfragen sozusagen nur das Sahnehäubchen auf dem Kuchen der Marktwirtschaft sind, das man auf die eine oder andere Weise gestalten kann, ohne in den Kuchen selbst einzudringen. Beide Seiten glauben, wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Fragen weitgehend ausklammern und sich auf die Ausgestaltung ihrer jeweiligen Systeme konzentrieren zu können. Das aber ist falsch. Die Art der Verteilung der Einkommen ist entscheidend für das Funktionieren der Wirtschaft, und deswegen sind Verteilungsfragen zutiefst und zuerst *wirtschaftspolitische* Fragen und können nicht befriedigend beantwortet werden, ohne sie in den Kontext einer erfolgversprechenden wirtschaftspolitischen Konzeption zu stellen.

Das genau will dieses Buch versuchen. Nur wenn verstanden wird, dass Verteilungsfragen und Verteilungskonzepte in eine wirtschaftspolitische Position eingebettet sein müssen, die auf einem realistischen Modell der Funktionsweise einer Marktwirt-

schaft beruht, kann man diese Fragen angemessen diskutieren und fruchtbare Ergebnisse erwarten. Genau dieser Frage, ob es mit der Funktionsweise einer Marktwirtschaft kompatibel ist, muss sich das Grundeinkommen, in welcher Variante auch immer, stellen. Das ist bisher nicht in überzeugender Weise geschehen, und wir wollen es hier zum ersten Mal versuchen. Dass ein Konzept wie das bedingungslose Grundeinkommen dabei schlecht abschneidet, ist nicht verwunderlich, weil hier in eklatanter Weise die Ziele des Konzepts die Diskussion dominieren, während die Frage der Einordnung des Konzepts in eine Theorie und eine Politik der wirtschaftlichen Entwicklung nur am Rande oder gar nicht diskutiert wird. Wir wollen die Diskussion über solche Konzepte aber keinesfalls abwürgen. Der Mindestlohn und eine negative Einkommensteuer zur sinnvollen Zusammenführung von Steuer- und Transfersystem sind absolut diskussionswürdig. Aber auch diese Ansätze dürfen nicht isoliert von der großen Frage betrachtet werden, welche Verteilung der Einkommen benötigt wird, damit eine auf Arbeitsteilung aufbauende Wirtschaft die Herausforderungen der Zukunft einschließlich der Frage des Überlebens der Menschheit auf einem begrenzten Planeten bewältigen kann.

1 Warum Grundeinkommen?

Drei Grundpositionen stehen beim Thema Grundeinkommen im Wettstreit miteinander: zum einen die neoliberale, die möglichst wenig Eingriffe des Staates in die Einkommensverteilung für richtig hält und das bedingungslose Grundeinkommen ablehnt; zum anderen die der Befürworter von Umverteilung durch den Staat, die das derzeitige Umverteilungssystem in Richtung höherer Gleichverteilung reformieren, aber nicht gänzlich umkremeln will; und drittens die, die mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens eine Art dritten Weg jenseits von möglichst unangetasteter Primärverteilung und starker Umverteilung beschreiten möchte. Wir stellen dagegen eine neue Position vor, die vor allem bei der Primärverteilung ansetzt.

Der Staat als Nachtwächter der Einkommensverteilung?

Die neoliberale Argumentation zur Einkommensverteilung in einer nach marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten produzierenden Gesellschaft basiert auf der Annahme, dass Einkommen zunächst relativ isoliert vom Staat an Märkten erzielt werden, also Marktergebnisse darstellen. Man spricht von Primäreinkommen. Die Preise an den Märkten wiederum sind das Ergebnis von Knappheit, wenn ein hinreichend starker Wettbewerb zwischen allen Marktteilnehmern herrscht. Durch den Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage werden die richtigen Anreize dafür gesetzt, dass Knapp-

heiten beseitigt werden und ein den Wohlstand fördernder Strukturwandel stattfindet. Wo der Wettbewerb unzureichend ist (zum Beispiel bei kartellartigen Strukturen) oder gar fehlt (zum Beispiel bei natürlichen Monopolen), muss er ordnungspolitisch hergestellt werden oder müssen die Preise in dem Sinn kontrolliert werden, dass Wettbewerb sozusagen simuliert wird. Jeder darüber hinausgehende Eingriff in die Primärverteilung durch den Staat zum Beispiel mittels Steuern, Abgaben, Subventionen und Transfers verzerrt die knappheitsgerechten Preise und ist daher kritisch zu hinterfragen.

Für die Bereitstellung öffentlicher Güter (öffentliche Verwaltung, Sicherheit, Bildung, Infrastruktur etc.) muss der Staat zwar Einnahmen erzielen, also Steuern und Abgaben erheben. Und für bestimmte sozialpolitische Aufgaben (Arbeitslosen-, Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung etc.) benötigt er ebenfalls Ressourcen, die seine Bürger erwirtschaftet haben. Aber insgesamt dürfen Mittelentzug und Mittelvergabe nicht zu umfangreich sein. Denn beide können die Preise als Knappheitssignale beeinträchtigen und Fehlanreize setzen, je nachdem, an welcher Stelle Mittelentzug und Mittelvergabe stattfinden. Hohe Lohnnebenkosten zum Beispiel verteuern den Faktor Arbeit und verringern auf diese Weise die Nachfrage nach Arbeitskräften. Zu großzügig gewährte Transfers oder Subventionen senken die Leistungsanreize für Transfer- und Subventionsempfänger, zu hohe Steuern und Abgaben wiederum verringern die Leistungsbereitschaft der Zahler. In diesem Zusammenhang werden sinkende Arbeitsteilung (Stichwort »Boom der Heimwerkermärkte«) und damit verbundene Produktivitätsverluste bis hin zu Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung beklagt.

Das allerdings zeigt: Die durch den Staat vorgenommene Umverteilung nimmt bereits auf die Entstehung der Primäreinkommen und deren Verteilung Einfluss. Weil das so ist, fordert die neoliberale Position die Minimierung staatlicher Eingriffe, da sonst das Wachstumspotential verringert würde und der langfristige Wohlstand der Gesellschaft in Gefahr sei. Das gelte insbeson-

dere in Zeiten der Globalisierung, in denen der internationale Konkurrenzdruck zugenommen habe. Das vor Jahrzehnten noch einigermaßen tragbare Wohlfahrtsstaatsmodell müsse den neuen Gegebenheiten angepasst werden, indem die Umverteilung auf das absolut notwendige Minimum begrenzt werde.

Reparatur der Verteilung durch Sekundärverteilung?

Die zunehmende Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung und die reale Schlechterstellung der untersten Einkommensgruppen im Verlauf der letzten zehn bis 20 Jahre haben die Kritik an der neoliberalen Position lauter werden lassen. Wenn immer weniger Menschen an den Wohlstandsgewinnen einer wachsenden Wirtschaft teilhaben, dient die Marktwirtschaft offenbar nur den oberen oder obersten Einkommenschichten, so der Vorwurf. Und das sei in einer auf demokratischen Strukturen aufbauenden Gesellschaft nicht hinnehmbar. Warum sollten die Bürger unterer Einkommenschichten das Wirtschaftssystem eines Landes mittragen, wenn sie sich im Vergleich zur Oberschicht laufend schlechtergestellt sehen? Dabei sei nicht einmal der dauernde Verlust in der relativen Einkommensposition das Schlimmste, sondern die *absolute* Verschlechterung der Realeinkommen in den unteren Einkommenschichten. Ein System, das auf Dauer nur den einen nützt *und den anderen schadet*, könne sich nicht glaubwürdig auf das demokratische Prinzip »one man one vote« stützen.

Die von den Neoliberalen üblicherweise mitgelieferte Erklärung, die Entwicklung der Primäreinkommen sei vor allem der Globalisierung geschuldet, helfe den Schlechtergestellten hierzulande nicht weiter, sondern verstärke Gefühle der Unsicherheit und Bedrohung, die letzten Endes Fremdenfeindlichkeit und eine Art Wagenburgmentalität förderten. Freihandel und Freizügigkeit würden nicht als Voraussetzung für steigenden Wohlstand erfahren, sondern als Einfallstor für sozialen Abstieg.

Dieser Situation versuchen diejenigen zu begegnen, die für eine deutliche Korrektur der Einkommensverteilung durch den Staat eintreten. Eine wieder zunehmende Umverteilung der Markteinkommen und Vermögen von oben nach unten, also eine »gleichere« Sekundärverteilung soll die entstandene Schieflage in der Primäreinkommensverteilung beseitigen helfen. Selbst wenn Umverteilung Wachstumseinbußen mit sich bringen sollte, müsse die Demokratie in Form des Wohlergehens vieler im Rang über der maximal möglichen Steigerung des Gesamtergebnisses des Marktes stehen, so die Überlegung. Eine schlüssige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung, wie sie die Neoliberalen sehen, bleiben die Befürworter verbesserter Sekundärverteilung allerdings zumeist schuldig.

So stehen sich beide Positionen unversöhnlich gegenüber. Die Neoliberalen kritisieren an denjenigen, die für Umverteilung plädieren, sie verstünden nichts von Wirtschaft, machten den Leistungseliten das Leben schwer, wollten die Veränderungen durch die Globalisierung nicht wahrhaben und stattdessen den Dornröschenschlaf des Wohlfahrtsstaates aus den 1970er Jahren weiterschlafen. Die Umverteilungsbefürworter werfen den Neoliberalen Egoismus, mangelndes Demokratieverständnis und politische Kurzsichtigkeit vor.

Grundeinkommen als Verteilungersatz?

In dieser Kontroverse treten die Befürworter des Grundeinkommens dafür ein, jedem Bürger eine menschenwürdige und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigende Grundversorgung durch das Grundeinkommen zu garantieren, unabhängig von seiner Bedürftigkeit und unabhängig von seiner Teilnahme am Produktionsprozess durch Erwerbsarbeit. Keiner müsse mehr aus Angst um seine nackte Existenz menschenunwürdige Arbeitsbedingungen akzeptieren, vielmehr stehe es jedem frei, prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedriglöhne abzulehnen. Finanziert werden könne das Grundeinkom-

men je nach Modell durch Verbrauchsteuern¹, Einkommensteuern, Lohnsummensteuern und diverse andere Abgaben und Steuern.²

Der vermeintliche Hauptunterschied zur neoliberalen und zur Position der verbesserten Sekundärverteilung besteht beim Grundeinkommen darin, dass eine Art dritter Weg suggeriert wird: Es könne sozusagen unabhängig von der an den Märkten erzielten (Primär-)Einkommensverteilung eine positive materielle Ausgangsposition für alle Mitglieder der Gesellschaft geschaffen werden. Zwar müssten natürlich auch hier die Mittel dafür aus dem Produktionsprozess stammen – woher sonst? –, aber sie würden ihm – zumindest in der Grundeinkommensvariante von Götz Werner – nicht nach der Leistungsfähigkeit der Bürger entzogen und in vielen Modellen würden sie nicht gemäß der Bedürftigkeit der Bürger verteilt. Wie hoch das Grundeinkommen sein solle, sei eine politische Entscheidung und damit Sache der gesellschaftlichen Mehrheit. Diese Legitimierung schaffe Ausgleich zwischen den (ungleichen) Ergebnissen der Marktwirtschaft und den Anforderungen an menschenwürdige Existenzbedingungen und Gleichheit in einer Demokratie.

Eine neue Position

Die Frage nach den Spielregeln, unter denen die Primärverteilung gegenwärtig und nach einem Systemwechsel dann zukünftig zustande kommt, wird allerdings weder von den Befürwortern des Grundeinkommens noch von denen ernsthaft gestellt, die auf die herkömmliche, zu verstärkende Sekundärverteilung von oben nach unten setzen. Von den Neoliberalen hingegen wird diese Frage gestellt, aber – wie zu zeigen sein wird – falsch beantwortet. Hier liegt unserer Ansicht nach der Kern der zu führenden Auseinandersetzung. Denn wenn man die momentanen Ergebnisse der primären Einkommensverteilung für ungerecht, unsozial und die Gesellschaft schädigend ansieht – wie das die Autoren dieses Buches tun –, muss man sich zuerst mit der Frage

auseinandersetzen, inwieweit sie systembedingt sind. Gehören zunehmende Ungleichheit und Verarmung der unteren Einkommensschichten auf Dauer und unter den Bedingungen der Globalisierung unvermeidlich zum Marktmechanismus dazu?

Wenn ja – davon sind die Neoliberalen überzeugt –, muss die Frage gestellt und beantwortet werden, ob die Marktwirtschaft heute und vor allem in Zukunft noch mit einer demokratischen Gesellschaftsordnung in Einklang zu bringen ist. Denn wenn die Reparaturversuche der sozialen Schäden, die die Marktwirtschaft dann offenbar systematisch anrichtet, mittels der Sekundärverteilungsmöglichkeiten des Staates das System Marktwirtschaft selbst wiederum schädigen oder zumindest beeinträchtigen (wie das die Neoliberalen meinen), scheinen sich die Anforderungen des Wirtschaftssystems und die des politischen Systems logisch zu widersprechen. Dann wäre der Kampf gegen Armut und gesellschaftliche Spaltung innerhalb eines marktwirtschaftlichen Systems letzten Endes zum Scheitern verurteilt. Die Suche nach einem anderen politischen System, in dem sich ökonomische Ungleichheit und politische Teilhabe entsprechen (etwa in einem Ständestaat mit Klassenwahlrecht), wäre dann aufrichtiger als das Hinauszögern des Unabänderlichen, indem man die Sozialversicherungssysteme lieber dahinsiechen lässt, statt sie ganz abzuschaffen, oder indem man das Steuersystem nur nach und nach zu einer Umverteilungsmaschinerie von unten nach oben abändert, statt es sofort und offen zugunsten der Oberschicht auszugestalten. Man kann den besagten Widerspruch natürlich auch andersherum aufzulösen versuchen und nach einem anderen Wirtschaftssystem Ausschau halten, das sich als demokratiekompatibler als die Marktwirtschaft erweist. Doch fündig wird man seit dem Untergang des real existierenden Sozialismus derzeit offenbar nicht. Dass die Ideen zum Grundeinkommen hier ebenfalls keine neuen Wege weisen, dazu weiter unten mehr.

Beantwortet man die Frage nach der Zwangsläufigkeit der gesellschaftlichen Spaltung durch Marktprozesse mit nein, wie das die Autoren dieses Buches tun, bedarf es der Analyse, warum

diese Entwicklung dennoch de facto so gekommen ist und ob und wie sie wieder abgestellt werden kann. Wäre eine andere, nämlich von vornherein »gleichere« Primäreinkommensverteilung auch unter den Bedingungen der Globalisierung systemkonform oder für das System Marktwirtschaft sogar notwendig, dann läge hier der Schlüssel zur Lösung der Armutsprobleme. Dann stünde es um die Dringlichkeit der Armutsbekämpfung durch staatliche Umverteilung ganz anders. Und dann würden sich auch die Vorwürfe, unser bisheriges Umverteilungssystem habe sich überlebt, da es nicht mehr finanzierbar sei, sehr stark relativieren.

Da auch die Finanzierung jeder Variante des Grundeinkommens letzten Endes auf dem beruht, was produziert wird, ist es reine Augenwischerei zu behaupten, man habe eine Art »dritten Weg« gefunden, die Bedürfnisse der von den Märkten Benachteiligten in Einklang zu bringen mit den Ergebnissen ebendieser Märkte. Die Schwerkraft kann niemand per Beschluss abstellen, und auch die grundlegende Budgetrestriktion des Wirtschaftens, dass nur verbraucht werden kann, was produziert worden ist, lässt sich nicht mit schlaraffenlandähnlichen Ideen außer Kraft setzen, egal, wem die Früchte dieser Ideen zugedacht sind.

Es spricht jedoch nichts dagegen, die oft beherrschende Stellung der »Marktkräfte« in unserem Denken zu hinterfragen. Die Budgetrestriktion zu beachten erfordert nicht, sich über ihr Zustandekommen und ihre konkrete Höhe keine Gedanken zu machen. Allzu oft wird vergessen, dass Marktergebnisse selbst zu erheblichen Teilen Ergebnisse *politischer* Entscheidungen und keinesfalls Folgen eines unabänderlichen Naturgesetzes sind. Denn die Wirtschaftspolitik setzt mit der Ordnungspolitik den institutionellen Rahmen für die Märkte und wirkt mit der Lohn-, Fiskal- und Geldpolitik massiv auf die Abläufe innerhalb der Märkte ein. Wie die Wirtschaftspolitik besser – und zwar vor allem besser im Sinne der Armen in unserer Gesellschaft und im Sinne des Erhalts unserer Demokratie – auf diese Marktergebnisse einwirken kann und dringend sollte und wie sie es nicht tun kann, darum geht es in diesem Buch.